

Merseburger Correspondent.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung.
1 Mark 10 Hgr. durch den Gerumträger.
1 Mark 25 Hgr. durch die Post.

Ersteinst:
Samstag, Piontag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Verkaufs-Ort: Delgrube Nr. 5.

No. 6.

Mittwoch den 10. Januar.

1894.

Es kriselt — im Bund der Landwirthe.

In dem Schriftwechsel zwischen dem Ausschuss des ostpreussischen konservativen Vereins und dem Reichstempel verdient besondere Beachtung die insinuatorische Bemerkung des ersteren, der Ausschuss habe es bei der letzten Lage der Verhandlungen mit Russland für eine patriotische Pflicht gehalten, zunächst von einer öffentlichen Diskussion in großen Versammlungen über die in der Resolution des ostpreussischen konservativen Vereins, in der die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, dass die russischen Vertreter — namentlich in der Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises — die in solchen Versammlungen zu Tage tretenden Ansichten in ihrem Interesse verwenden könnten. Der Ausschuss weist damit auf die auch sonst schon bekannte Thatsache hin, dass die russischen Unterhändler im Interesse der russischen Getreideproduktion die Aufhebung des Identitätsnachweises gefordert haben. Der Ausschuss will also den Ansichten vermeiden, als ob die Konservativen den russischen Unterhändlern in diesem Punkte Beihilfe leisteten und dadurch der Regierung Verlegenheiten bereiten. Gleichwohl trifft das Interesse der russischen Landwirtschaft mit demjenigen der deutschen und insbesondere ostpreussischen zusammen. Denn für jede Tonne Getreide, welche nach Aufhebung des Identitätsnachweises nach England, Dänemark u. s. w. ausgeführt wird, muss bei der Ungültigkeit des deutschen Getreidepassports eine Tonne russisches Getreide mehr nach Deutschland eingeführt werden. Weiterhin bemerkt die Bemerkung des ostpreussischen konservativen Vereins, dass die Mitglieder, wie Graf Caprivi zutreffend hervorhebt, keineswegs grundsätzliche Gegner des Handelsvertrags mit Russland, d. h. der Ausdehnung des im Vertrag mit Oesterreich von 5 auf 3 1/2, Mark erwähnten Getreidezolls auf die russische Einfuhr sind. In der That ist dem so. Bei der Beratung des Handelsvertrags mit Rumänien im Reichstage erklärte in der Sitzung vom 12. Dez. der Abg. Frh. v. Stumm, der für diesen Vertrag sprach, keineswegs sei der rumänische Vertrag eine Stäppe für den russischen. Ich gehe sogar soweit, fuhr er fort, zu erklären, dass ich den russischen Handelsvertrag, er mag ausfallen, wie er will, für einen für die Landwirtschaft, wenigstens für die Bildung der landwirtschaftlichen Getreidepreise nachtheiliger halten muss, und dass ich von dem Standpunkte aus, den ich wiederholt hier im Hause zu Gunsten der Landwirtschaft eingenommen habe, nicht im Stande sein würde, für den russischen Vertrag zu stimmen, wenn nicht auf anderen Gebieten der Landwirtschaft Compensationen eingeräumt würden. Auf das „Rachon rechts“, welches hier der stenographische Bericht verzeichnet, antwortend, entgegnete Herr v. Stumm: darüber ist nichts zu sagen; das ist der Standpunkt, den ich hier seit 26 Jahren (also seit 1868) vertreten habe u. s. w. Nach Herrn v. Stumm kam Graf Mirbach, der offenbar nicht zu den Rachen auf der Rechten gehört hatte, zum Wort. „Ich freue mich sehr“, sagte er, „über den Standpunkt, den Herr Frh. v. Stumm dem russischen Handelsvertrag gegenüber einnimmt und möchte nur hoffen, dass die Compensationen, die er für die Landwirtschaft in Aussicht nimmt, recht bedeutende sein mögen. Denn in diesem Falle sind wir auch bereit, dem russischen Handelsverträge zuzustimmen; unvorstellbar find wir auf seinem Gebiet.“ Darauf kann es nicht übersehen werden, dass in der Unterzeichnung der Resolution des ostpreussischen konservativen Vereins, in der die Bedingungen für einen gerechten Ausgleich den Nachtheilen gegenüber, welche eine Folge der Handelsverträge sein sollen, formulirt sind, auch Graf von Mirbach-Soquelux gehört. Ja, man wird ohne Weiteres annehmen können, dass zwischen der Erklärung des Grafen von Mirbach in der Reichstags-Sitzung vom 12. Dezbr. und dem Beschlusse des ostpreussischen konservativen Vereins vom 20.

Dezbr. ein innerer Zusammenhang besteht. Die gesamte konservative Partei in Preussen ist also bereit, für den russischen Vertrag einzutreten, wenn die Regierung für die dort besonders scharf hervor tretende Nothlage der Landwirtschaft durch Aufhebung des Identitätsnachweises Abhilfe schafft und wenn sie im Interesse „einer gründlichen Beförderung auf allen Gebieten der produktiven Thätigkeit im gesammten Vaterlande“ die Initiative zur Lösung der Währungsfrage durch internationale Verständigung ergreift. Wie stellen sich aber nun zu dieser Compensationsforderung diejenigen Mitglieder der Rechten, welche am 12. Dezbr. die Erklärung des Frh. v. Stumm mit Beifall aufnahmen? In der Sitzung vom 13. Dezbr. erklärte Herr v. Ploß, der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe, die Agitation gegen die Handelsverträge müsse schärfen werden mit dem Moment, wo von anderer Seite, d. h. seitens der Freunde der Verträge Mittel angewandt würden, „die uns (dem Bund der Landwirthe) zu schärferem Vorgehen zwingen“. Als eines dieser Mittel bezeichnete er, es sei namentlich in Mitteldeutschland bekannt gegeben worden, dass die Reichsregierung die Absicht habe, das Gesetz über die Aufhebung der Zuckerpatrien wieder zurückzuführen resp. durch ein anderes Gesetz zu ergänzen, dahin, dass die Zuckerpatrien nicht aufgehoben werden. Er halte die Nachricht „in diesem Moment“ nicht für richtig; jedenfalls gehörten solche Nachrichten nicht in die Verhandlungen über die Handelsverträge. In zweiter Linie erwähnte Herr v. Ploß, im Osten werde die Meinung verbreitet von hochstehenden Personen und von Beamten der Handelsverträge, dass vornehmlich die Reichsregierung bereit wäre, den Identitätsnachweis aufzuheben. Es ist, fuhr er fort, von Freunden der Verträge ein Druck ausgeübt worden auf die Führer des Bundes der Landwirthe in den einzelnen Wahlkreisen, damit sie ihre Vertreter hier im Reichstage befreien, entlassen von der Verpflichtung, gegen die Verträge zu stimmen. Und zu meiner Freude kann ich konstatieren, dass gerade die Herren aus dem Osten sich nicht scheuen, mir mit einig mit den Landwirthen im Westen; wir wollen nicht, dass eine solche Frage jetzt aufgeworfen wird, und wenn die Aufhebung des Identitätsnachweises auch und vielleicht häufiger ist, als die Differenz von 1,50 Mk. beim Zoll, so wollen wir doch keinen Vorzug vor den anderen Landwirthen haben (Hört! hört! rechts. Lachen links.). Meine Herren, Sie können es uns nicht verdenken, wenn wir mit aller Schärfe dagegen vorgehen. Das war am 13. Dezbr. Acht Tage später aber, nachdem die Handelsverträge mit Rumänien, Spanien und Serbien im Reichstage angenommen worden, erklärte der Ausschuss des ostpreussischen konservativen Vereins, die Aufhebung des Identitätsnachweises wäre Abhilfe schaffen für die besondere Nothlage der Landwirtschaft im Osten und erwartet die schleunige Lösung dieser Frage! Die Führer des Bundes der Landwirthe im Osten waren also schlecht unterrichtet, als sie Herrn v. Ploß berichteten, die dortigen Landwirthe wollten von der Aufhebung des Identitätsnachweises nichts wissen. Uebrigens sind die ostpreussischen Konservativen keineswegs die einzigen, die auf diesem Standpunkte stehen. In Landshut hat am 1. Januar eine Versammlung von Landwirthen aus dem Wahlkreise Gomburg-Rufel stattgefunden, in der mit dem Vertreter des Reiches, Herrn v. Marquard, ins Gericht gegangen wurde, weil er im Widerspruch mit seinen Erklärungen bei der Wahl für den rumänischen Vertrag gestimmt hat. In dieser Versammlung hat, wie jetzt bekannt wird, der Referent über den Handelsvertrag mit Russland seinen Vortag mit folgenden Worten geschlossen: „Wenn der russische Handelsvertrag auch mit Rücksicht auf die höhere Politik angenommen werden muss, dann können wir uns aber nur zufrieden geben, wenn die Reichsregierung uns andere Concessionen macht und diese beiseite zunächst in der Aufhebung der Staffeltarife.“ Auch die Pfälzer Bauern,

die mit Revolution und Sozialdemokratischer Gefahr drohen, sind also bereit, mit dem Grafen Caprivi ein Handelsgeschäft einzugehen — trotz des Bundes der Landwirthe! Was sagen nun die Herren von Ploß, v. Hammerstein, Kropatschek und Gen., die die Handelsverträge grundsätzlich, ganz ohne Rücksicht auf Industrie und Handel ablehnen wollen? — Seit Wochen haben feindselige Tagespolitiker an die ungewöhnlich lange dauernden Sitzungen des Staatsministeriums die weitgehenden Vermuthungen geknüpft. „Es kriselt“, war überall zu hören. Allerdings es kriselt, aber nicht innerhalb der Regierung, sondern — im Bunde der Landwirthe. Am Sonntag noch machte die „Kreuztg.“ sich darüber lustig, dass freiknaufige Zeitungen auf den doch noch möglichen „Umfall“ der Konservativen spekulierten. Das heisse: „Ragenpotenpolitik“ im „großen Stil“ treiben und dieser und jener, der dafür zu haben wäre, ließ sich wohl nennen. Das sei aber nichts als ein Anzeichen mehr für die wachsende Rathlosigkeit aller dieser, die es im Jahre 1894 noch für möglich halten, mit dauernder Wirkung auf die Mitglieder von Zuhänden hinzuarbeiten, bis vor 15 Jahren — d. h. 1879 vor der Revision des Zolltarifs — im Sumpfe der Unertüchtigkeit geendet haben! Inzwischen haben sich diese und jene, die für eine „Ragenpotenpolitik im großen Stil“ zu haben wären, nämlich die Graf Mirbach und Gen., selbst genannt. Was nun?

Politische Uebersicht.

Bezüglich der österreichisch-ungarischen Valutaregulierung haben die Konferenzen der Finanzminister Dr. Welferle und v. Ploner zu einem vollen Einvernehmen geführt. Die beiden Minister einigten sich dahin, im Laufe der Jahre 1894 und 1895 je 100 Millionen Gulden Staatsnoten einzuziehen und dieselben theils durch Goldnoten, theils durch Silbernoten zu ersetzen. Wie die „Budapester Correspondenz“ meldet, werden die Regierungen mit der österreichisch-ungarischen Bank über die Erneuerung deren Privilegiums in Verhandlungen treten; dieselben legen jetzt schon großen Werth darauf, dass die Bank das internationale Depositengeschäft derart erweitert, dass die legitimen Geschäfte ihren Depositenbedarf durch Vermittelung der Bank decken können. Die Fertigstellung des Gesetzentwurfs über die Einführung der obligatorischen Kronenwährung ist einwillig verhandelt.

Die französischen Senatswahlen, welche am Sonntag stattfanden, haben den Republikanern wieder große Erfolge gebracht. Im ersten Wahlgange wurden 74 Senatoren gewählt. In 20 Bezirken sind Stichwahlen erforderlich. Es wurden 43 Republikaner und 6 Konservative wiedergewählt und 20 Republikaner neugewählt. Die Republikaner gewannen 7 Sige. Unter den Gewählten befindet sich auch der Unterrichtsminister Spuller.

Der italienische Ersparnisplan wurde am Sonntag vom Ministerrath festgestellt und dann die Erörterung der Steuerpläne des Finanzministers begonnen. Wie gemeldet wird, ist eine Erhöhung der Verbrauchssteuer und der Rentensteuer ausgeschlossen. — Die Unruhen auf Sizilien machen der italienischen Regierung jetzt um so mehr zu schaffen, als die Bewegung nach und nach unter Einwirkung von sozialistischer Seite einen politischen Charakter angenommen hat. Außerdem ist ein Handgreifliches der Unruhen auf das Festland und namentlich auf die Hauptstadt zu konstatieren. Der „Tribuna“ zufolge wird in den am Sonnabend dem Ministerium des Innern zugegangenen neuen Nachrichten die Lage in Sizilien noch immer als ernst bezeichnet. Auch wird hinzugefügt, aus zahlreichen Anzeichen gehe unzweifelhaft hervor, dass es sich um eine von langer Hand vorbereitete Bewegung handle, welcher der internationale Sozialismus nicht fremd gegenüberstehe. Die „Tribuna“ berichtet schließlich, den Präsidenten seien strenge Befehle zugegangen, nöthigenfalls mit Gewalt das Anschlagende der Steuerlisten zu sichern. — General Morra, dem nach Verhängung des

Anzeigen.

Für diesen Theil übernimmt die Redaction vom Publikum gegenüber keine Verantwortung
Kirchen- und Familien-Nachrichten.
Stadtliche Donnerstags-Abend 7 Uhr Gottesdienst. Prediger Borchert.
Durch Gottes Güte wurde uns am Sonntag Abend Abend 10 1/2 Uhr ein gesunder
K n a b e
geschenkt.
Kobelt und Frau.

Pensionat

für Töchter gebildeter Stände mit Hand-
arbeits- und Hauswirthschafts-Schule von
Dr. Schmidt, Dresden, Rosenstr. 30.
Preis frei und franco. (4340.)

Die Nachwächterstelle

der Gemeinde Daspitz soll Mittwoch den
17. Januar d. J. mittags 1 Uhr, im
Schulhause daselbst an den Mindestfordernden
vergeben werden. Kund kann das Schaf-
und Wäuschhüten mit übernehmen werden.
Bedingungen im Termine.
Daspitz, den 8. Januar 1894.
Der Gemeindevorstand.

Zwangsvorsteigerung.

Mittwoch den 10. d. M., vor-
mittags 10 Uhr, versteigere ich im
Cafino hiersebst
ca. 20 000 St. Cigarren, 2000
St. Cigaretten, Tabak, Cigaretten-
spitzen, Tabakspfeifen, 1 Tafel-
waage mit Gewichten, 1 Feder-
schreibung, 1 Nähmaschine und
eine große Partie verschiedene
gute Möbel u. s. w.
Merseburg, den 8. Januar 1894.
Tauschnitz, Gerichtsvollzieher.

Holz-Auction.

Montag den 15. d. M., vormittags
10 Uhr, sollen in meinem Garten zu Schornau
5/Reinart
ca. 20 Stck Eichen,
" 10 " Buchen,
" 6 " Weiden,
" 10 " Kiefer,
" 2 " Eichen,
" 1 " Föhne,
zum Theil Kuppelholz, sowie auch Brennholz
versteigert werden.
Bedingungen werden im Termine bekannt
gemacht.
Ernst Albrecht, Schornau.

Uder-Grundstücks-Verkauf.

Schombitz'sche Grundstücke sollen die der
verstorbenen Wittwe Schombitz'scher Johanne
Sophie Uder früher gehörig gewesenener
Udergrundstücke, als:
Plan Nr. 47 von 84 ar 80 qm Größe und
" 48b " 30 " 60
(Gemarkung Klein-Kayna)
Künftigen Donnerstag als den 11. d. M.,
vormittags 10 Uhr, im Meistbietenden
Verkauf zu Klein-Kayna unter den im
Termin bekannt zu machenden Bedingungen
öffentlich meistbietend versteigert werden und
sollen Kaufsüchtige hiermit ein
die Erben.
Klein-Kayna, den 4. Januar 1894.

Ein Hausplan

wird zu kaufen gesucht.
Geeignete Gesl. Adressen bitte unter
Hausplan in der Exped. d. Bl. niederzulegen.

Ein Bachhaus

ist erhaltungs-fähig freihändig zu verkaufen
und sofort zu übernehmen. Näheres
Häckerstraße 20, 1. Etz.
Wegen Wegmanneil zu verkaufen
ein eleganter fast neuer vorzüglich
gebauter Damen-Parkwagen
für 550 Mk.
Oberaltenburg 2.

Kartoffeln.

Gute mehlreiche Speise-Kartoffeln in
größeren und kleineren Pforten hat abzugeben
Oscar Mildner,
gr. Ritterstraße 22.

Ein Schwein zum Schlachten

Reinartsmählig.
9 Stück Schweine, 8 Wochen
alt, hat abzugeben
Bäckerei Oberdenna.

Ein Paar große Kühe-

schweine stehen zu verkaufen
Auenstraße Nr. 12.
Mk. 6000,—
von pünktlichem Zinszahler auf sichere Hypothek
gesucht. Offerten unter M. 100 in der
Exped. d. Bl. erbeten.

Gesucht.

5500 Mark zum 1. April d. J. auf
ein künftiges Grundstück bei oder Stöckchen
zu leihen gesucht. Gesl. Off. unter A. L.
besördert die Exped. d. Blattes.

Wohnmarkt 5 ist eine Wohnung zu ver-
mieten, bestehend aus 3 Stuben, 4 Kammern,
Küche, Speisekammer, Kellerraum, 2 Boden-
kammern, Holz- und Leinwand, Wasserleitung
und Mitbenutzung des Waschaufes, sowie ein
Veranstalten und Niederlagsraum,
welcher letzterer sich zu einer hellen geräumigen
Werkstatt eignet und für Feuerarbeiter ein-
gerichtet ist, bei
J. Biebler, Wohnmarkt 5.

Die erste Etage

Schiffbaustraße 3 ist zum 1. April
1894 zu beziehen
Eine freundliche Vorder- Wohnung, ent-
haltend 2 Stuben, Schlafkammer, Küche, nebst
Zubehör, verhältnißmäßig Entree, ist von jetzt
ab zu vermieten und zum 1. Juli zu be-
ziehen
Krautstraße 13.

Laden,

welcher sich zu jedem Erwerbszweig eignet,
ist sofort zu vermieten und 1. April oder
1. Juli zu beziehen. Zu erfragen
Markt 16, 2 Treppen.

Stube, Kammer, Toisfall zu vermieten

Weinberg 8.

3 Familien-Wohnungen von 15, 23 und

30 Zehn zu vermieten
Saulstraße 13.

2 Familien-Wohnungen zu 25 Zehn zu

vermieten
gr. Schützstraße 9.

Eine Wohnung, Preis 45 Zehn, zu ver-

mieten und 1. April zu beziehen
Wolkestraße 3.

Eine kleine Wohnung ist zu vermieten und

Ostern zu beziehen
Breitestraße 2.

Ein Logis, Stube, Kammer, Küche mit

Vorplatz, zu vermieten und 1. April zu be-
ziehen
Kleine Ritterstraße 2.

Ein Logis, Stube und Kammer, ist zu ver-

mieten
Schulstraße 24.

Ein freundliches Familien-Logis zu ver-

mieten
Mühlberg 8.

Eine freundliche Stube mit Zubehör an

eine einzelne Frau zu vermieten und 1. April zu be-
ziehen
gr. Schützstraße 3.

Ein Logis, 2 Stuben, Kammer, Küche nebst

Zubehör, zu vermieten und 1. April zu be-
ziehen. Preis 150 Mk.
Breitestraße 11.

Ein Logis, von St., K., K. mit Wasserl.,

zu vermieten und 1. April zu beziehen. Zu
erfragen in der Exped. d. Blattes.

Eine Wohnung, Stube, Kammer und Küche

zu vermieten und 1. April zu beziehen
Unteraltenburg 6.

Ein Logis nebst Zubehör zu vermieten

Krautstraße 3.

Marientraße 1a ist die 1. Etage, auf

Wunsch mit 1-3 Hinterhöfen, zu vermieten und
1. April zu beziehen. Ankauf im Hause
parterre.

Ein kleines Logis zu vermieten

Breitestraße 3.

Eine Wohnung (Preis 40 Zehn.) von Stube,

Kammer und Küche ist 1. April zu vermieten.
Das Nähere in der Exped. d. Blattes.

Ein Logis nebst Zubehör zu vermieten

und 1. April zu beziehen
Kl. Sackstraße 13.

Ein freundliches Logis (Preis 30 Zehn.)

an ruhige Leute zu vermieten
Saulstraße Nr. 3.

Ein gut möbliertes Zimmer

zu vermieten
Auenstraße 1.

Fremdlich möbliertes Zimmer

zu vermieten. Seb. Eing. Brühl 61.

Eine nach hier verzehende Familie

sucht sofort eine Wohnung
im Preise bis 40 Zehn. Adressen abzugeben
Häckerstraße 15.

Beamter sucht freundliche Wohnung von

2 Stuben, Küche nebst Zubehör bis 1. Juli. Off. mit
Preis-Angebot unter L. 12 an die Exped. d.
Bl. erbeten.

Emfelske zur

gute ff. prima
und höhere meiner werthen Kundsch. prompte
Belienung zu. Frau Tittelbach,
Clobigauer Str. 9, part. links.

Meinen werthen Kunden zur Nachricht,

daß ich jetzt Johannstraße 8, 1. Etz.,
wohne. Wohnungs- u. s. Weisungen
bezüg. zum Verleihen und Pfänden
wird noch angenommen. D. O.

Fächer, Wäsche etc.

empfiehlt bestens
Trabert's Versand
Leipzig
Prosop. gratis
u. franco.

Hauschlachten

wird angenommen von
Karl Meisel, Fleischermeister,
Rieser Keller.

Die Bamberger Gärtnerei-Trockengemüse
(Präserven)

von Landgraf & Mertel in Bamberg,
in unerreichter Qualität und von ersten Autoritäten als die
besten öffentlich anerkannt und empfohlen, sind in unseren
Niederlagen Carl Elkner (Otto Schauer Nachfolger),
E. Kämmerer und F. Otto Wirth käuflich. (H. 82 a.)

Geschäfts-Verlegung.
Mit 1. Januar 1894 habe ich mein
Tuch-Geschäft,
verbunden mit Anfertigung seiner Herren-Garderobe nach Maß,
nach
Brennerstraße 17 parterre,
dicht am Markt,
verlegt und bitte höflich, mir auch in meinem neuen Local
bisher geschenktes Vertrauen zu bewahren.
Merseburg, im Januar 1894.
B. Weniger.

Böllberger
Weizen- und Roggenmehl,
sowie alle Futterartikel zu wählen
empfiehlt
Reinh. Ziesche,
Wohnmarkt 10.

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich mit
dem heutigen Tage den
Verkauf von Torf, Bricket, Holz,
Kartoffeln, Petroleum, Sand, Wagen-
fett, Paraffin, Holz- und Geschirrfett
eröffnet habe. Um günstigen Rückruf bittet
Frau A. Norlich,
Brennerstraße 14.

Kinderschritten
verkauft billigst nun damit zu räumen
Albert Bohrmann.

Kanonenofen
von 3 Mark ab, sowie sämtliche andere
Ofen sehr billig empfiehlt
Albert Bohrmann.

Germanische Fischhandlung.
Früh! Früh!
Schellfisch, Cabelfisch,
Schollen, Karpfen,
Zander,
grüne Heringe.
Räucherwaaren, Fischconserven
empfiehlt
W. Krähmer.
Büdinge à 10 Pf.

Darmhandlung
von Karl Winkler,
Schlachthof, Merseburg,
empfiehlt alle Sorten Därme, gefalzen
und trodrene, im Ganzen und Einzelnen bei
billigster Preisstellung.

Der neue Cursus
für Taillen-, Wäsche-, Schnitt-
Zeichnen und -Zuschneiden, sowie
Hand- und Kunstarbeiten beginnt am
15. Januar.
Elise Naumann,
Faulschäfer Str. 1411.

200 Str. Milch
oder mehr sind täglich abzugeben.
Zu erfragen bei
Ab. Weise, Brühl 16.

Margarine
kauft man nur am besten und billigsten das
Mk. von 50 Pf. an in der
1. Special-Butterhandlung,
Burgstrasse 18.
Als vorzügliche Tafelbutter empfiehlt stets frisch:
Wiener Süßrahm Pfd. 1 Mk.

Warnung.
Der grosse Erfolg, den unsere
Pat.-H-Stollen
erlangen, hat Anlass zu verschiedenen
verloren Nachahmungen gegeben. Man
kaufe daher unsere
Stets scharfen
H-Stollen
(Kronensticht ungleichlich
nur von uns direct, od.
nur in solchen Eisenhand-
lungen, in denen unser
Plakate (Rother Huar
im Holze) ausgehängt
ist. Preislisten und
Zugulasse grat. u. franco.
Leonhardt & Co.
Berlin, Schiffbauerdamm 3.

Gr. Ulmer Dombau-Lotterie.
Ziehung 16. Januar 1894
und folgende Tage.
Hauptgewinne 75 000, 30 000, 15 000
Mk. u. s. w.
Original-Losje 3 Mk. halbe 1,75
Mk., viertel 1 Mk., Göllet 10 Pf., 11
Stück 1 Mk. Porto u. Liste 25 Pf. extra.
Richard Schröder, Halle a/S.
und für Merseburg und Umgegend
bei Herrn **Georg Ebeling,**
Merseburg, Lindenstraße 11.

Gummi-Ueberschuhe,
Filzschuhe
in größter Auswahl billigst bei
Paul Exner, Gutsplan.

Schraubendreher
empfiehlt von heute an täglich frisch
Oskar Klappenbach,
Lindenstraße 2.

Wollwaaren.
Wollgarne
Blaue Walkjacken
Braune Walkjacken
Unterhosen
Unterhemden
Unterrocke
Normalhemden
Socken
Strümpfe
Jagdwesten
Kinderleotus
zu herabgesetzten Preisen.
Billigste Einkaufsquelle für
Wiederverkäufer. (49287)
Gebr. Buttermilch,
Halle a/S.,
Sandwischstraße 9.

Einen Lehrling
sucht zu Ostern
Robert Müller,
Klempnermeister, Dom 4.

Deutschland.

(Das Handelsprovisorium mit Spanien), durch welches der spanische Einfuhr bis zum 31. Januar die Restbeschränkung zugeführt wird, soll dem Reichstage zur nachträglichen Genehmigung mit dem Antrage auf Ertheilung der Indemnität vorgelegt werden.

(Vergleiche Rüge.) Am Vorabend des Wierzusammenritts des Reichstags bewußt sich die „Nord. Allg. Ztg.“ demselben begreiflich zu machen, es bleibe ihm, nachdem vom Bundesrathische aus die Deutung der Wehrausgaben des Militärgesetzes durch direkte Reichsteuern abgelehnt worden, gar nichts anderes übrig, als die Tabakfabrikat, und Weinsteuern, namentlich aber die erstere anzunehmen. Unseres Wissens ist die Bestimmung der Verfassung, wonach in allen Fällen, wo die eigenen Einnahmen des Reichs zur Deckung der Ausgaben nicht ausreichen, der fehlende Betrag durch Materialbeiträge der Einzelstaaten zu decken ist, bisher nicht abgeändert. Wenn also der Reichstag eine Tabaksteuer, die 50-60000 Arbeiter dauernd auf die Straße wirft, nicht annimmt - von der Weinsteuern ist gar keine Rede mehr - so ist ein etwaiger Fehlbetrag nach der Vorschrift der Verfassung zu decken. Weber die Tabaksteuer nach die Weinsteuern entsprechen der Forderung des Reichstages, daß Wehrausgaben nur durch Belastung der stärkeren Schichten beschafft werden sollen. Dabei wird es so lange sein Weigern haben, als die Regierungen sich weigern, die Rückgabe für die Grobrenner einzulösen oder die direkten Reichsteuern einzuführen, welche bei der Beschlußfassung im konstituierenden Reichstage als Ersatz für die Materialbeiträge in Aussicht genommen waren, in erster Linie von dem gegenwärtigen preussischen Finanzminister und seinen damaligen Parteigenossen. Das vom Bundesrathische aus ein Vorgehen in dieser Richtung wiederholt abgelehnt worden ist, bindet den Reichstag nicht. Kommt eine Verhängung über eine anderweitige Beschaffung der Wehrausgaben nicht zu Stande, so behält es eben bei der Vorschrift des Art. 70 der Verfassung sein Bewenden. - Charakteristisch ist übrigens, daß die „N. A. Ztg.“ über die Reichsfinanzreform und die 40 Mill. Rückgabe für die Einzelstaaten schweigend hinweggeht.

(Der Parteitag der freisinnigen Partei in Magdeburg) hat am Sonntag unter reger Theilnehmung der Gesinnungsgenossen aus Stadt und Umgegend stattgefunden. Beritren waren außer Magdeburg zwölf benachbarte Reichstagswahlkreise des Regierungsbezirks Magdeburg und der Herzogthümer Braunschweig und Anhalt. Nach vollzogener Konstituierung wurden in der Delegirtenversammlung nachstehende Resolutionen einstimmig angenommen: 1) Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, den Anschluß der bestehenden freisinnigen und liberalen Vereine an die freisinnige Volkspartei herbeizuführen und dort, wo freisinnige Vereine bisher nicht bestanden haben, auf die Bildung von freisinnigen Volksvereinen Bedacht zu nehmen. - 2) Der Parteitag fordert die Parteigenossen auf, dem auf Vereinbarung des russischen Handelsvertrages gerichteten gemeinschaftlichen Streben der Agrarier bei jeder Gelegenheit in Vereinen, Versammlungen und in der Presse durch Resolutionen und Petitionen überall kräftig entgegenzutreten. - 3) Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß sämtliche Reichstagsabgeordnete der Provinz Sachsen, den Herzogthümern Braunschweig und Anhalt ohne Rücksicht auf ihre sonstige Parteistellung einmüthig Widerspruch erheben gegen die Einführung von Stempelsteuern auf Nuttungen, Schenkungen, Giroanweisungen und Frachtdriefe, weil Steuern der gedachten Art Handel und Verkehr in empfindlicher Weise belästigen und vertheuern, insbesondere den mittleren und kleinen Geschäftleuten zu schwerer Benachteiligung gereichen. - Nachmittags 3 Uhr wurde im Konzerthause eine von ca. 3000 Personen besuchte öffentliche Volksversammlung abgehalten, in welcher der Abg. Eugen Richter einen 1 1/2 stündigen Vortrag hielt.

(Eine Kanalerkrisis) hat sich, wie die „Wost. Ztg.“ erzählt, kurz nach Neujahr abgepielt. Diefelbe soll aber keinen Zusammenhang mit den inneren Streitigkeiten, vor allem auch nicht mit den stehenden Handelsverhandlungen mit Rußland gehabt haben, sondern mit den Colonialverhältnissen zusammenhängen. Caprioli hatte dem Kaiser sein Entlassungsgesuch eingereicht, das von diesem aber abgelehnt worden ist. - Wenn diese Nachricht sich bewahrheitet, würde der Grund zu dem Entlassungsgesuch also in den colonialen Verhältnissen der letzten Zeit zu suchen sein, der Reuteri in Kamerun und den ungewissen Verhältnissen in Schwafaria, welche allseitig Anlaß zu einer scharfen Kritik an der

deutschen Colonialpolitik sowohl vom Standpunkt der Gegner dieser Colonialpolitik wie auch vom Standpunkt der Anhänger derselben gegeben hatten.

(Im Bismarckarchipel) haben, wie die „Nord. Allg. Ztg.“ mittheilt, die Anrühren auf der Gazellenhalbinsel in der Umgegend der Station Gerberhöhe noch nicht ihren Abschluß gefunden. Die Eingeborenen greifen zwar nicht mehr offen an, führen dagegen Krieg aus dem Hinterhalt, so daß eine allgemeine Unsicherheit herrscht. Alle Versuche des Landeshauptmanns Schmiele, eine friedliche Unterredung mit den Eingeborenen zu erzielen, waren vergeblich.

(Das nach Kamerun bestimmte Detachement) von 120 Mann des Seebataillons unter Führung des Hauptmanns v. Rambo ist Montag früh 6 Uhr mittels Sonderzuges nach Cuxhaven abgegangen, da der Dampfer „Armital“ der Cuxhavenhütte wegen von Wilhelmshaven aus nicht abfahren kann. Der „Köln. Ztg.“ zufolge begiebt sich am 10. d. M. auch Regierungsrath Rose, der frühere Landeshauptmann von Neuquien, nach Kamerun und mit ihm einige Unteroffiziere, welche für die Organisation einer Truppe verwandt werden sollen. Lieutenant Morgen wird sich erst mit einem späteren Dampfer dorthin begeben.

Volkswirtschaftliches.

(Die sächsische Deputation der Berliner Productenbörse) versammelte sich am Sonnabend und beschloß einstimmig in einer Resolution das Aeltestencollegium aufzufordern, gegen die Vorschläge der Börsen-Enquete-Commission auf das Entschiedenste Stellung zu nehmen, da dieselben geeignet sind, durch ihre entwerfenden Bestimmungen den legitimen Handel in Producten völlig zu untergraben. Die sächsische Deputation behält sich vor, dem Aeltestencollegium das nöthige Material zur Verleugung der Vorschläge zu liefern. Zur Ausführung der letzteren Arbeit ersuchte die Deputation vier ihrer Mitglieder, den Bericht der Enquete-Commission, soweit er sich auf die Productenbörse bezieht, unter geeigneter Theilung der Arbeit eingehend zu prüfen und darüber in der nächsten Sitzung der sächsischen Deputation Vortrag zu halten.

(Die englische Landwirtschaft) wird von den Agrariern neuerlich bei jeder Gelegenheit durch den Freihandel zu Grunde gerichtet dargestellt. Allerdings ist in Großbritannien die Zahl der für den Weizenbau bestimmten Acres stark zurückgegangen (seit 1874 um etwa 1,4 Mill. Acres), wogegen in derselben Periode die Zahl der Acres, auf denen Hafer gebaut wird um rund 400 000, der Rindviehbestand um mehr als 800 000 Stück und der Bestand an Pferden um rund 200 000 gewachsen ist. Gegenwärtig producirt Großbritannien trotz der starken Einschränkung des Weizenbaus noch immer mehr Weizen als das Königreich Preußen (im Jahre 1891 rund 72 Mill. Bushels gegen rund 1,3 Mill. Tonnen in Preußen).

(Auslieferung von Frachtdriefen. In Erweiterung der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen, wonach es gestattet ist, der schriftlichen Anweisung des gehörig legitimirten Adressanten auf Auslieferung des Gutes und Frachtdriefes an einen Dritten am ursprünglichen Bestimmungsort unter Einziehung der Fracht von dem letzteren Folge zu lassen, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten gestattet, das auf entsprechende schriftliche Anweisung des gehörig legitimirten Adressanten der Frachtdrief mit dem zur Empfangnahme des Gutes angelegenen Dritten, sondern dem Adressanten selbst ausgeliefert werde. Auch soll es keinen Unterschied machen, ob die Fracht und die sonst auf dem Gute haftenden Gebühren und Nachnahmen schon von dem Frachtdriefadressanten übersandt worden sind, oder von dem bezeichneten Empfänger bezahlt werden. Jedenfalls ist jedoch das Gut vor voller Zahlung der Fracht und der sonst auf dem Gute haftenden Beträge oder vor gültigem Vermerk in dem etwa eingeräumten Creditcontto nicht auszuliefern.

Provinz und Umgegend.

(Weißenfels, 8. Jan. Wie das Redl. hört, sind an zuständiger Stelle bereits die Bedingungen festgesetzt, unter denen von dem als Ergänzung der sächsischen Gasanlage zu erbauenden Electricitätswerke elektrischer Strom für Kraft und Licht an Private abgegeben werden soll. Behufs Orientirung über diese Bedingungen und zur Erklärung über von Private beabsichtigte Verwendung und Bedarf an Strom werden Bedingungen und Fragebogen in größerer Anzahl gedruckt und den sich dafür Interessirenden vom Magistrat in alternativer Zeit zur Verfügung gestellt werden. Das Werk ist zunächst

für eine Leistung von ca. 60 000 Watt-Ampère in Aussicht genommen.

(Magdeburg, 6. Jan. Der am 9. April hier verorbene Privatmann, ehemalige Buchbindermeister Brauns, hat der Stadt Magdeburg eine Summe von rund 270 000 Mk. hinterlassen, deren Zinsen unter hiesige werbige Handwerksmeister, die bei Fleiß und Nüchternheit für das Alter nichts haben zurücklegen können und sich stets eines guten, unabelhaften Rufes erfreut haben, vorausgesetzt, daß sie das 55. Lebensjahr zurückgelegt haben und mindestens 15 Jahre in Magdeburg etablirt gewesen sind, vertheilt werden sollen. Jeder soll jährlich 150 Mk. erhalten.

(Leipzig, 6. Jan. Eine Ueberraschung erlebte ein hiesiger Kaufmann, welchem auf seiner letztjährigen Badereise durch Thüringen eine Brieftasche, enthaltend 500 Mk. in Gold und Trauschein, gestohlen wurde. Zu seinem Geburtstag am 2. Januar erhielt er aus Berlin einen Baumkuchen und ein Schreiben, in welchem der Dieb den Trauschein und seine besten Geburtstagswünsche eingeschlossen hatte. Die 500 Mk. hatte er leider nicht mit eingepackt.

(Delitzsch, 8. Jan. Der bisherige Gerichtsassessor und Kreisdeputirte von Duffe, welcher vom Kreisstage einstimmig für den durch den Abschied des Herrn Landrath v. Raushaupt frei gewordenen Landrathposten präsentirt ist, wurde nach der Hall. Ztg. von Sr. Majestät dem König zum Landrath des Delitzscher Kreises ernannt.

(Bernburg, 8. Jan. Ueber den Brand auf hiesigem Schlosse sei in Ergänzung unserer früheren Berichte nach der Hall. Ztg. noch mitgetheilt, daß man mit den Lösungs-, Bergungs- und Aufräumungsarbeiten auf der Brandstätte unter kundiger und sorgfamer Leitung noch unausgesetzt beschäftigt ist. Gehehen sind einige Hundert Mark Geld aufgefunden worden, welche jedenfalls dem ebenfalls vorgefundenen Geldschrank, dessen Thüren geöffnet waren, entfallen sind. Nur die kleinen goldenen Fünfsaarstücke sollen wirklich beschädigt sein, die übrigen Münzen waren nur geschwärzt. Der mitverbrannte Kutcher Kōnede hinterläßt nicht, wie geteilt angegeben, fünf unermögene Kinder, sondern außer seiner Ehefrau nur eine bereits verheiratete Tochter. Gewe sind auch von den irischen Leberreken des Herrn Kreisdirectors Hagemann einige Knochen zu Tage gefördert worden. Letzterer war am 15. Dezember 1832 als Sohn des Staatsraths F. Hagemann in Dessau geboren und stand somit im 62. Lebensjahre.

(Herzwick, 6. Jan. Ein behauernter Unglücksfall hat sich in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag in dem benachbarten Oßleben ereignet. Nachdem Tags vorher einige Handwerksburschen in einem hiesigen Gasthofe zugereist waren und dann im Stalle für die Nacht Unterschlupf gesucht hatten, fand man am Morgen einen von denselben erstorben vor. Bei dem Verunglückten sollen weder Geld noch Legitimationspapiere vorgefunden worden sein.

(Aus Thüringen. Ueber die seit dem 1. October vorigen Jahres für mehrere Hauptlinien des preussischen Staatsbahnetzes eingeführte Perronsperre ist schon unendlich viel geschrieben und gedruckt worden, und alle vorfindlichen Urtheile gehen dahin, daß die neue Einrichtung eine große Belästigung des Publikums sowie namentlich auch eine schwere Schädigung der Bahnhofs-Reparatur im Gefolge habe. Die letzteren scheinen indessen selbst eine andere Ansicht über die Sache zu haben. So war es als dringend wünschenswerth bezeichnet worden, eine eingehend motivirte Petition an den preussischen Landtag zu richten und darin zu bitten, daß das Haus den Minister zur Wiederbeilegung der Maßnahme auffordern möge. Zu diesem Behufe ging an 120 theilhabende Bahnhofs-Reparatur in den Provinzen Sachsen, Westfalen, Rheinland und Hessen-Nassau, sowie in den thüringischen Staaten ein Zirkular ab, in dem die Empfänger ersucht werden, ihre Erfahrungen und Wünsche betreffs der Sperre mitzutheilen und eventuell einen geringfügigen Beitrag zu den Kosten der Beilegung der Petition zu gewähren. Es hat sich aber auch nicht ein einziger der Herren Reparaturreure veranlaßt gefühlt, mißtück Postkarte zu antworten! Es wird deshalb die Petition nummehr nicht abgehen.

Localnachrichten.

Merseburg, den 10. Januar 1894.

** Die Provinzial-Commission zur Erforschung und zum Schutze der Denkmäler der Provinz Sachsen richtet an die Bewohner der Provinz die Bitte, sie in ihrem Verkehre zu unterstützen, unserem Volke die durch das Verfalls- und Ernüchterleben unserer Tage bedrohten Denkmäler

nach auch bezahlt worden, wogegen Kläger behauptet, daß bei dieser Lage von irrtümlichen Voraussetzungen ausgegangen worden ist, da andere Sachverständige 5 Mk. pro Quadratmeter als angemessene Entschädigung berechnet haben. Magistrat hat beschlossen, sich auf die Klage einzulassen, den Rechtsanwalt Voigt in Halle mit der Vertretung der Stadt zu beauftragen und die Abweisung des Klägers zu beantragen. Referent schließt sich diesem Beschlusse an und ertheilt auch die Veranlassung hierzu die Zustimmung.

Punkt 7 betrifft die Kenntnisaufnahme von der Genehmigung des Abkommens der Stadtgemeinde mit der Kirchengemeinde Neumarkt. Ref. Stadtv. Richter bemerkt, daß es sich hierbei um die Trennung der ersten Lehrerstelle von den Kirchendienern handelt und daß die aufschreibenden weltlichen und kirchlichen Behörden ihre Zustimmung erteilt haben. Die Stadt hat jährlich 275 Mk. Cantorquartiergeh. und 36 Mk. für den Küster und Uhrmacher, sowie eine einmalige Kapitalabfindung in Höhe von 1000 Mk. an die Neumarktkirchengemeinde zu zahlen. Ein Antrag schließt sich hieran nicht.

Der Vorsitzende bringt hierauf noch zur Kenntnis der Versammlung, daß der Kammerzirkassen-Etat für 1894/95 in den nächsten 14 Tagen zur Ansicht der Stadtverordneten ausliegt. — Magistrat hat das Statut der v. Schilde-Wollweber'schen Stiftung vervielfältigen lassen und wird den Stadtverordneten je ein Exemplar davon überreichen. — Stadtv. Rindfleisch verliest am Schluß nachstehende Uebersicht über den Beschäftigungsstand der Versammlung im Jahre 1893. — Damit schließt die öffentliche Sitzung. In geschlossener Sitzung wird das Gesuch eines fähigen Beamten um Anrechnung der Probezeit bei der Gewährung der Alterszulagen genehmigt.

Nachrichten über den Geschäftsbetrieb der Stadtverordneten-Versammlung zu Merseburg im Jahre 1893.

In 21 ordentlichen Sitzungen sind 223 Vorlagen des Magistrats, und zwar 167 durch Beschlußfassung, 48 durch Kenntnisaufnahme und 8 durch Zurückverweisung bzw. Abweisung erledigt. Hier von sind 196 Vorlagen in öffentlicher und 27 in geschlossener Sitzung verhandelt. Außerdem ist in einer besonderen Sitzung die Wahl zweier Kreisrats-Abgeordneten vollzogen worden. — Vom Vorsitzenden wurden 22 Gegenstände zum Vortrag und 44 Mitteilungen des Magistrats zur Kenntnis der Versammlung gebracht; von den übrigen Mitgliedern der Versammlung referierten Barth und Schäß über je 13 Gegenstände, Böge über 12, Herbers über 11, Lindemann und Reiffner über je 10, Richter über 9, Schwenker, Bickler, Heber, Gyne, Hoffmann, Rindfleisch und Schulze über je 8, Riedel über 7, Frauenheim, Graul, Luge, Nummel und Schönberger über je 6, Bernhardt und Dredner über je 5, Dierck über 3 und Klaus über 2 Gegenstände der Tagesordnung. — Es haben teilgenommen: 4 Mitglieder an sämtlichen 21 Sitzungen, 5 an 20, 3 an 19, 3 an 18, 4 an 17, 2 an 16, 2 an 15, 1 an 6 und 1 an 2 Sitzungen. — Ausweislich der Protokollbücher und Akten haben von den verschiedenen Commissionen:

- die Armen-Verwaltung in 13 Sitzungen 773 Vorlagen und Anträge,
 - die Bau-Deputation in 51 Sitzungen 435 Vorl.,
 - die Schul-Deputation in 20 " 66 "
 - die Wasserwerks-Deputation in 14 " 54 "
 - die Wahl-Commission in 9 " 20 "
 - die Deconomie-Deputation in 5 " 18 "
 - die Gas-Deputation in 4 " 21 "
 - die Feuerlösch-Deputation in 3 " 10 "
- vorberathen bzw. erledigt. Seitens der Rechnungs-Revisions-Commission ist 1 Sitzung abgehalten worden. Die Zahl der Mitglieder betrug im Anfang des Jahres 1893: 26; im Laufe des Jahres sind 2 Mitglieder gestorben, ein Mitglied ist durch freiwillige Niederlegung des Mandats ausgeschieden, so daß die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres noch 23 betrug.

Aus den Kreisen Merseburg und Querfurt.

8 Lützen, 8. Jan. Beim Aufbruch der Wasserleitung geriet auf dem Rittergut Grotzsdorf ein der Dachstuhl des Restschafes in Brand, doch gelang es noch, das bereits der angrenzenden Dörfchen lähmende Feuer zu beseitigen.

8 Dörfchen, 5. Januar. Eine unglückliche Kollision beging vor Kurzem der Schiffer Scharf aus Hedda, als er von einem Stromabwärts fahrenden Kahn zwischen Dörfchen und Hedda, a. S. auf dem am Ufer befindlichen und die Schiffer mit Hochrufen begrüßenden lange Leute schoß. Zufällig war dieser Vorgang auch vom Gensdarm Dittmann hier bemerkt worden, welcher sogleich die Personallen feststellte und den freiwildigen Schützen zur Anzeige brachte. Schaden wurde glücklicherweise keinem der jungen Leute zugefügt.

Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts in Staats- und Kommunalen-Sachen.

110. V. 691. v. 1679. v. 14. u. 21. April 93. Erklärungen des Steuerpflichtigen sowie Ergebnisse von Verhandlungen oder sonstigen mündlichen Verhandlungen (Art. 25 am Schluß 3 u. 4), wenn solche gegen den Steuerpflichtigen vorgebracht sind, zur Grundlage der Entscheidung gemacht werden sollen, bedürfen der förmlichen Feststellung in der Weise, daß sie ordnungsmäßig zu Protokoll genommen werden. Als solches kann nicht gelten die von dem Vorsitzenden der Veranlagungscommission zu den Akten gegebene Registratur über einen „mündlichen Bericht“ eines Commissionsmitgliedes, demzufolge als Mitentnommen unter Berücksichtigung gesetzlich zulässiger Abzüge eine bestimmte runde Summe anzusetzen sei, zumal wenn die Erklärung des Genannten wesentlich hinter dieser Summe zurückgeblieben war.

Ferner muß aus der Beurteilung der Entscheidung Constat ergeben können, mit welchen Einkommensquellen und mit welchen Beträgen in Einzelnen, bezw. unter Anwendung welcher Rechtsnormen die beihelfigten Commissionen bei Feststellung des steuerpflichtigen Einkommens verfahren haben mögen.

111. V. 905. v. 17. April 93. Der Kaufpreis für ein zu Speculationszwecken veräußertes Grundstück gilt als „vereinbamt“ im Sinne des § 12 d. des Einkommensteuergesetzes auch insofern, als er nicht baar bezahlt, sondern dem Käufer creditirt worden ist. Dies entspricht auch dem Art. 18. l. 2 der Kauf-Ann., welcher sagt: Zu den Einkommen — aus Handel und Gewerbe — gehört: der erzielte Preis für alle gegen Barzahlung oder auf Credit verkaufte Waaren und Gegenstände.

112. V. 317. v. 17. April 93. Gegen den amtlichen Eingangsvermerk auf der Berufungsschrift ist ein Gegenbeweis für zulässig erachtet worden, indem durch die Auslagen der gerichtl. vernommenen Zeugen thatsächlich festgestellt war, daß die Berufungsschrift kurz nach 4 Uhr am Nachmittage des letzten Tages der Ausführfrist im Steuerbureau des Magistrats (bezw. des Vorsitzenden der Veranlagungscommission) zur förmlichen Uebersicht angeheftet und demnach in Folge dort erstellter Akten in einem im Rathhause dorthin befindlichen Briefkasten, dessen nächste Uebersicht nach Ausfrist um 5 Uhr bevorstand, eingeworfen worden ist.

Unsere Kinder beim Mittagstisch

Nichts kennzeichnet besser den Bildungsgrad eines Menschen, als die Art und Weise, wie er sich beim Essen benimmt, und nur zu oft hat man Gelegenheit, bei gemeinschaftlichem Speisen an der Table d'hôte oder sonst wo, sich über das Sittlichkeitsniveau in der Art und Weise des Benehmens der größten Zahl der Gäste im Stillen zu ärgern, wenn nicht gar sich den Appetit verderben. Die Mehrzahl aber dieser Schuldigen, die, ohne es zu ahnen, andern solche Laster auflegen, sündigen einfach aus Mangel an Erziehung. Als Kinder haben sie auf diese Weise geessen, man ließ sie gehen, und für ihr ganzes Leben schleppt sie die verhängnisvolle Last nach sich: den Ruf schlechter Erziehung.

Bei den Engländern und gewissen Familien des Festlandes essen die Eltern allein, und die Kinder sind den Erziehern und Diensthilfen überlassen zum Zweck freier Bemerkungen. Ich habe es nie verstanden können, daß die Gegenwart der Kinder bei Tische als ein schlechtes Erziehungssystem betrachtet werden könnte, und ich suche umsonst einen ersten Beweisgrund, welchen man geltend machen könnte, um diese armen Armeen zu verbannen.

Haben die Eltern sich Weisheitsanweiser anzuvertrauen, so sollen sie sich andere günstigere Momente als die bei den Mahlzeiten wählen; sind doch gerade diese bestimmten Momente für viele Kinder vom einfachsten Beamten an bis zum größten Industriellen oft die einzigen, wo sie sich inmitten ihrer Familien befinden. Darum soll der Mittagstisch für diese Elaven der Geschäfte eine erquickliche Erholung sein, wir möchten sagen, auch eine heilige, innige Schule, in der der Vater wie die Mutter die kleinen gleichsam lehrend, ihnen die praktischen Dinge des Lebens beibringen, und sie zerklebert bewachen, zurechtweisen und bessern.

In eintägigen Haushaltungen — es giebt welche — lernen die Kinder bei Tische den Frieden und freundschaftliches Wesen schätzen; in den Haushaltungen, wo die Einzelnheit nicht als Herrin regiert — es giebt deren auch — werden die Kinder bei Tische oft das Bindungskreislicht, welches vereinigt, oder der Tischstiller, welcher die Gewitter zerstreut.

Ich stelle demnach den Grundsatz auf, daß die Kinder mit den Eltern zu Tische sein sollen und nicht dem guten Willen und den Launen Fremder überlassen werden.

Wo aber diese Sitte eingeführt ist, ist es auch wichtig, daß man nur keine Bequemlichkeit scheut, sondern die Kinder ernstlich beobachtet und nicht die geringste Kleinigkeit durchgehen läßt. Stützt sich ein Kind schwerfällig auf die Ellenbogen, sage man nicht von einer bequemen oder strafbaren Schwachheit getrieben: „Du bist wahr ein Rindschien“, sondern bestimme ihm vielmehr seinen Ellenbogen zu entfernen und das sehr schnell, denn man muß so früh wie möglich anfangen. Und wenn das Verbot auf seinen hohen Stuhle stünd mit seinen Fingern, wenn auch noch so nützlich seine Bewegungen sind, ein Stuhl auf den Teller damit ergreift, so rüst nicht in eurer mütterlichen Gütlichkeit aus, wie herzlich es ist, diese Händchen so arbeiten zu sehen;

lehrt dasselbe vielmehr sich der Werkzeuge, welche die Zivilisation geschaffen, zu bedienen; unterweist es, sich des rationellen und ausschließlichen Gebrauchs des Messers zu bedienen, verbietet ihm sich über den Tisch zu beugen oder sich davon entfernt zu halten als wäre es in Strafe; lehrt es häufig geduldig warten, bis es an die Reihe kommt, drängt jede Offenbarung von Unmäßigkeit und Gierigkeit zurück, mit einem Worte, führt einen unablässigen Krieg ohne Gewalt, aber ohne Schwäche ununterbrochen Monate, Jahre lang wenn's sein muß; aber behauptet das Feld, bis der Sieg vollständig ist.

Unsere moderne Gesellschaft verzehrt nur den genialen Männern, ansehnliche Verdienste zu haben; aber dieselben bilden auf dieser Erde immerhin nur eine sehr kleine Minorität. Die gewöhnlichen Sterblichen haben sich den erforderlichen Gesetzen zu unterwerfen.

Im Leben beherrschen oft die kleinen Dinge die großen. Darum, liebe junge Mutter, lehre du dein Kind, so lehre es nach den Regeln des Anstandes und der guten Erziehung zu essen. Du wirst ihm einen lebenslänglichen Dienst leisten, und es wird dir dafür Dank wissen. Siehst man im Sommer einen Baum, der unregelmäßige knorrige Äste getrieben hat, so sagt man nicht: „Ach der schlechte Baum!“ vielmehr ruft man aus: „Ach der jämmerliche Gärtner!“

Bemerktes.

* (Ueber eine Familien-Tragödie) wird der Agentur Dählitz aus Berlin berichtet: Ein Polizeibeamter Johann Klatowitz war zu der Ueberzeugung gekommen, daß seine eigene Frau einem Nachbarn in einem Prozeß gegen ihn (Klatowitz) Hilfe leistete. Der Verdacht war aber offenbar ungründet. Klatowitz verlor den Prozeß und wies in einer erregten Ansprache an den Richter auf die angebliche Intrigue seiner Frau hin. Später sprach er jedoch dieser gegenüber sein Bedauern darüber aus und lud den Nachbarn ein, mit ihm und seiner Frau zu speisen. Am dem Essen nahmen Klatowitz, dessen Frau, seine beiden Töchter vom 19 und 17 Jahren, sein elfjähriger Sohn, die bejahrte Mutter seiner Frau und der bewußte Nachbar teil. Das Mahl verlief ganz friedlich, bis Klatowitz beim dritten Gange noch mehr Champagner bestellte und die Gäste bat, ein Glas auf die besondere Ueberzeugung zu trinken, welche er für „diese angenehme Gelegenheit“ vorbereitet habe. Er verließ darauf das Zimmer und lehrte nach einigen Minuten mit einer großen Schüssel, die mit einer Serviette bedeckt war, zurück. Sollte diese Schüssel einen Tisch, erprobte sein Glas und rief: „Auf unser nächstes Zusammentreffen!“ Kaum hatte er diese Worte gesprochen, als eine auf der Schüssel befindliche Dynamitbombe explodirte und alle Anwesenden Personen sofort tötete, mit Ausnahme eines Dienstmädchens und der 17 Jahre alten Tochter des Gastgebers, welche jedoch später ebenfalls ihren Wunden erlag. Die Unglücklichen wurden förmlich in Stücke zerhackt und man hörte die Explosion fast einen Kilometer weit.

(Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich im Zoologischen Garten zu Basel ereignet. Einer der gewährtesten Tierwärter betrat den Gartenstadel eines in der Beuntheit sehr aufgeregtten Kapuzinens, eines gewaltigen Thieres, und wurde von diesem förmlich angegriffen. Eine Linke des gewaltigen Gewebes zerbrach den Schädel und eine andere durchbohrte den Linterien des armen Mannes, der ins Spital verbracht, nach 24 Stunden seinen ärztlichen Rathgegnen erlag.

* (Die Schwaiber-Verbrennung) wird demnach ihr gerichtliches Nachspiel erhalten. Wie aus oben gemeldet wird, wird die Staatsanwaltschaft gegen die Mittergutsbesitzer Karl Mikulski-Siefert und Richard Erdger-Nagardowice, die, wie gemeldet, am 4. Dezember sich gegenseitig durch Revolvergeschosse schwer verletzt hatten, die Anklage aus § 224 a des Strafgesetzbuchs (vorsätzliche gefährliche Körperverletzung) erheben. Mikulski, der bedeutend schwerer als Erdger verletzt ist, befindet sich noch in ärztlicher Behandlung.

(Das deutsche Repräsentationsgebäude) auf der Chicagoer Weltausstellung (das deutsche Haus) ist unmittelbar vor Inbetriebnahme doch noch verkauft worden und zwar nach Milwaukee, wo es wieder aufgebaut werden soll.

* Beim Spielen mit Feuerwerkskörpern verunglückte ich am Sonntag Abend am Langen See bei Grünau der 13 jährige Sohn des Mechanikers Widert in Berlin. Dem Knaben lag ein Stück Nitrocellulose, in das er mit seinen Genossen eine Ladung gesetzt hatte, mit solcher Gewalt an den Kopf, daß er bald nach der Katastrophe im Krankenhaus verstarb.

* Während eines Schneesturms) ließ nach Nachrichten aus West am Sonntag ein Personenzug bei Wietzen in einen Schneefeld. Die Locomotive des Personenzuges entgleiste. Der Locomotivführer und zwei andere Personen sind schwer, mehrere leicht verletzt.

* (Des harten Eises wegen) gelang es am Freitag dem von Kiel kommenden Brillen-Geschäftsführer „Carola“ nicht in den Hafen von Wilhelmshafen einzulaufen, daselbst mußte auf die Rheide zurückgekehrt. Erst Sonnabend Mittag erreichte das Schiff nach zweifelhafter Anfristung, aber und über mit Eis bedeckt, glücklich den Hafen.

(Eine große Feuerbrunst) zerbrach am Sonnabend in Paris ein Gebäude in der Rue Richer, in welchem ein großer Theil der Doktoratensitze der Großen Oper untergebracht war. Der Brand war so heftig, daß der Himmel weit über die Stadt sich röthete. Leider sind bei dem Brande auch an 10 Feuerwecker verletzt worden, darunter mehrere schwer. Der Brand soll in Folge von Unvorsichtigkeit einiger Arbeiter entstanden sein. Der Schaden soll sich auf eine Million Francs belaufen. Nach Privatmittheilungen sind die Umkleekabinen des Grandopera-Theaters verbrannt, die von „Wallfahrts-“ und „Bühnen-“ Tische erhalten, da sie in der Oper brennen. Die Doktoranten waren entgegen der bestehenden Vorsicht, nicht gegen Feuergefahr impalant und diese Thronen soll den Behörden nicht unbelastet sein.

Merseburger Correspondent.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung.
1 Mark 20 Pfg. durch den Hermiträger.
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

Erscheinet:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Samstag früh 7 1/2 Uhr.
Verlag: D. S. Delarue Nr. 6.

No. 6.

Mittwoch den 10. Januar.

1894.

Es kriselt — im Bund der Landwirthe.

In dem Schriftwechsel zwischen dem Ausschuss des ostpreussischen konservativen Vereins und dem Reichsanwalt verdient besondere Beachtung die insinuatorische Bemerkung des ersteren, der Ausschuss habe es bei der jetzigen Lage der Verhandlungen mit Russland für eine patriotische Pflicht gehalten, zunächst von einer öffentlichen Diskussion in großen Versammlungen über die in der Resolution berührten Fragen Abstand zu nehmen, weil die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, daß die russischen Vertreter — namentlich in der Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises — die in solchen Versammlungen zu Tage tretenden Ansichten in ihrem Interesse verwenden könnten. Der Ausschuss weist damit auf die auch sonst schon bekannte Thatsache hin, daß die russischen Unterhändler im Interesse der russischen Getreideproduktion die Aufhebung des Identitätsnachweises gefordert haben. Der Ausschuss will also den Ansichten vermeiden, als ob die Konservativen den russischen Unterhändlern in diesem Punkte Beihilfe leisteten und dadurch der Regierung Verlegenheiten bereiteten. Gleichwohl trifft das Interesse der russischen Landwirtschaft mit demjenigen der deutschen und insbesondere ostpreussischen zusammen. Denn für jede Tonne Getreide, welche nach Aufhebung des Identitätsnachweises nach England, Dänemark u. s. w. ausgeführt wird, muß bei der Unzulänglichkeit der deutschen Getreideproduktion eine Tonne russisches Getreide mehr nach Deutschland eingeführt werden. Weiterhin beweist die Bemerkung des ostpreussischen konservativen Vereins, daß die Mitglieder, wie Graf Caprivi zutreffend hervorhebt, keineswegs grundsätzliche Gegner des Handelsvertrags mit Russland, d. h. der Ausdehnung des im Vertrag mit Oesterreich von 5 auf 3 1/2 Mark erwähnten Getreidezolls auf die russische Einfuhr sind. In der That ist dem so. Bei der Beratung des Handelsvertrags mit Rumänien im Reichstage erklärte in der Sitzung vom 12. Dez. der Abg. Frh. v. Stumm, der für diesen Vertrag sprach, keineswegs sei der rumänische Vertrag eine Gefahr für den russischen. Ich gehe sogar soweit, es für so zu erklären, daß ich den russischen Handelsvertrag, er mag ausfallen, wie er will, für einen für die Landwirtschaft, wenigstens für die Bildung der landwirtschaftlichen Getreidepreise nachtheiligen halten muß, und daß ich von dem Standpunkte aus, den ich wiederholt hier im Haupteinstimmigsten der Landwirtschaft eingenommen habe, nicht im Stande sein würde, für den russischen Vertrag zu stimmen, wenn nicht auf anderen Gebieten der Landwirtschaft Compensationen eingeräumt würden. Auf das „Ragen rechts“, welches hier die stenographische Bericht verzeichnet, antwortete, ein geeigneter Herr v. Stumm: darüber ist nichts zu sagen; das ist der Standpunkt, den ich hier seit 20 Jahren (also seit 1868) vertreten habe u. s. w. Nach Herrn v. Stumm kam Graf Mirbach, der offenbar nicht zu den Vachern auf der Rechten gehörte, zum Wort. „Ich freue mich sehr“, sagte er über den Standpunkt, den Herr Frh. v. Stumm dem russischen Handelsvertrag gegenüber einnimmt und möchte nur hoffen, daß die Compensationen, die er für die Landwirtschaft in Aussicht nimmt, recht bedeutende sein mögen. Denn in diesem Fall sind wir auch bereit, dem russischen Handelsvertrag zuzustimmen; unversöhnlich sind wir auf keinem Gebiet.“ Darnach kann es nicht übersehen werden, daß zu den Unterzeichnern der Resolution des ostpreussischen konservativen Vereins, in der die Bedingungen für einen gerechten Ausgleich den Nachtheilen gegenüber, welche eine Folge der Handelsverträge sein sollen, formuliert sind, auch Graf von Mirbach-Sorquitten gehört. In, man wird ohne Weiteres annehmen können, daß zwischen der Erklärung des Grafen von Mirbach in der Reichstags-Sitzung vom 12. Dezbr. und dem Beschlusse des ostpreussischen konservativen Vereins vom 20.

Dezbr. ein innerer Zusammenhang besteht. Die gesamte konservative Partei in Ostpreußen ist also bereit, für den russischen Vertrag einzutreten, wenn die Regierung für die von besonders scharf hervor tretende Nothlage der Landwirtschaft durch Aufhebung des Identitätsnachweises Mühe thut und wenn sie im Interesse „einer gründlichen Besserung auf allen Gebieten der productiven Thätigkeit im gesammten Vaterlande“ die Initiative zur Lösung der Währungsfrage durch internationale Verständigung ergreift. Wie stellen sich aber nun zu diesen Compensationforderungen diejenigen Mitglieder der Rechten, welche am 12. Dezbr. die Erklärung des Frh. v. Stumm mit Geldstärken aufnahmen? In der Sitzung vom 13. Dezbr. erklärte Herr v. Plösch, der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe, die Agitation gegen die Handelsverträge müsse schärfer werden mit dem Moment, wo von anderer Seite, d. h. seitens der Freunde der Verträge Mittel angewendet würden, „die uns (dem Bund der Landwirthe) zu schärferem Vorgehen zwingen“. Als eines dieser Mittel bezeichnet er, es sei namentlich in Mitteldeutschland bekannt gegeben worden, daß die Reichsregierung die Absicht habe, das Gesetz über die Aufhebung der Judenpatrien wieder zurückzuziehen resp. durch ein anderes Gesetz zu ergänzen, dahin, daß die Judenpatrien nicht aufgehoben werden. Er halte die Nachricht „in diesem Moment“ nicht für richtig; jedenfalls gehörten solche Nachrichten nicht in die Verhandlungen über die Handelsverträge. In zweiter Linie erwähnte Herr v. Plösch, im Dien werde die Meinung verbreitet von hochstehenden Personen und von Bewürwortern der Handelsverträge, daß voraussichtlich die Reichsregierung bereit wäre, den Identitätsnachweis aufzuheben. Es ist, fuhr er fort, von Freunden der Verträge ein Druck ausgeübt worden auf die Führer des Bundes der Landwirthe in den einzelnen Wahlkreisen, damit sie ihre Vertreter hier im Reichstage befreien, entlasten von der Verpflichtung, gegen die Verträge zu stimmen. Und zu meiner Freude kann ich konstatieren, daß gerade die Herren aus dem Dien gesagt haben: wir wollen von dieser Frage recht nichts wissen, wir sind einzig mit den Landwirthen im Westen; wir wollen nicht, daß eine solche Frage jetzt aufgeworfen wird, und wenn die Aufhebung des Identitätsnachweises auch uns vielleicht hälftreicher ist, als die Differenz von 1.50 Mk beim

die mit Revolution und Sozialdemokratismus drohen, sind also bereit, mit dem Grafen Caprivi ein Handelsgeschäft einzugehen — trotz des Bundes der Landwirthe! Was sagen nun die Herren von Plösch, v. Hammerstein, Sorquitten und Gen., die die Handelsverträge grundsätzlich, ganz ohne Rücksicht auf Industrie und Handel ablehnen wollen? — Seit Wochen haben feindselige Tagespolitiker an die ungewöhnlich lange dauernden Sitzungen des Staatsministeriums die weitgehendsten Vermuthungen geknüpft. „Es kriselt“, war überall zu hören. Allerdings es kriselt, aber nicht innerhalb der Regierung, sondern — im Bunde der Landwirthe. Am Sonntag noch machte die „Kreuzzeitg.“ sich darüber lustig, daß freikundige Zeitungen auf den doch noch möglichen „Umfall“ der Konservativen spekulierten. Das heisse: „Ragenpotenpolitik“ im „großen Stil“ treiben und dieser und jener, der dafür zu haben wäre, ließ sich wohl nennen. Das sei aber nichts als ein Anzeichen mehr für die wachsende Raubthätigkeit aller derer, die es im Jahre 1894 noch für möglich halten, mit dauernder Wirkung auf die Wiederbelebung von Aufständen hinzuwirken, die vor 15 Jahren — d. h. 1879 vor der Revision des Zolltarifs — im Sumpfe der Unertüchtigkeit gendelt haben! Zwischen ihnen saß diese und jene, die für eine „Ragenpotenpolitik im großen Stil“ zu haben wären, nämlich die Graf Mirbach und Gen., selbst genannt. Was nun?

Politische Uebersicht.

Bezüglich der österreichisch-ungarischen Valutaregulierung haben die Konferenzen der Finanzminister Dr. Wiserle und v. Plöner zu einem vollen Einvernehmen geführt. Die beiden Minister einigten sich dahin, im Laufe der Jahre 1894 und 1895 je 100 Millionen Gulden Staatsnoten einzusetzen und dieselben theils durch Goldkronen, theils durch Silberkronen zu ersetzen. Wie die „Budapester Correspondenz“ meldet, werden die Regierungen mit der österreichisch-ungarischen Bank über die Erneuerung deren Privilegiums in Verhandlungen treten; dieselben legen jetzt schon großen Werth darauf, daß die Bank das internationale Depositengeschäft ihrem erweiterten, das die legitimen Geschäfte ihrer Depositenbesitzer durch Vermittelung der Bank besorgen können. Die Fertigstellung des Gesetzesentwurfs über die Einführung der obligatorischen Kronenwährung ist einwilligen verlagert. Die französischen Senatswahlen, welche am Sonntag stattfanden, haben den Republikanern wieder große Erfolge gebracht. Im ersten Wahlgange wurden 74 Senatoren gewählt. In 20 Bezirken sind Stichwahlen erforderlich. Es wurden 48 Republikaner und 6 konservative wiedergewählt und 20 Republikaner neugewählt. Die Republikaner gewannen 7 Sitze. Unter den Gewählten befindet sich auch der Unterrichtsminister Spuller. Der italienische Ersparnisplan wurde am Sonntag vom Ministerrath festgestellt und dann die Erörterung der Steuerpläne des Finanzministers begonnen. Wie gemeldet wird, ist eine Erhöhung der Verbrauchssteuer und der Rentensteuer ausgeschlossen. — Die Unruhen auf Sizilien machen der italienischen Regierung jetzt um so mehr zu schaffen, als die Bewegung nach und nach einen Charakter von sozialistischer Seite einen politischen Charakter angenommen hat. Außerdem ist ein Hinübergreifen der Unruhen auf das Festland und namentlich auf die Hauptstadt zu konstatieren. Der „Tribuna“ zufolge wird in den am Sonnabend dem Ministerium des Innern zugegangenen neuen Nachrichten die Lage in Sizilien noch immer als ernst bezeichnet. Auch wird hinzugefügt, aus zahlreichen Anzeichen gehe unzweifelhaft hervor, daß es sich um eine von langer Hand vorbereitete Bewegung handle, welcher der internationale Sozialismus nicht fremd gegenüberstehe. Die „Tribuna“ berichtet schließlich, den Präzedenzfallen strenge Befehle zugegangen, nöthigenfalls mit Gewalt das Anschlagen der Steuerlisten zu sichern. — General Rora, dem nach Verhängung des

